

7. Für den „Sieg des Sozialismus“: Wirtschaftswissenschaften in der DDR

7.1 Die Bedeutung ökonomischer Studien im real existierenden Sozialismus

Ab September 1945 bemühte sich die Sowjetische Militäradministration darum, den Lehrbetrieb an den Hochschulen, der in den letzten Kriegsmonaten weitgehend eingestellt worden war, möglichst rasch wieder aufzunehmen. Häufig waren die Gebäude zerbombt und es fehlte die einfachste Ausstattung. Dazu kam, dass ein großer Teil des bisherigen Lehrpersonals nicht mehr zur Verfügung stand, weil die Professoren im Krieg gefallen oder in Gefangenschaft geraten waren, Entnazifizierungsverfahren durchliefen oder in den Westen abwanderten, so dass im Wintersemester 1945/46 nur etwas mehr als 8.000 Studierende ein Studium aufnehmen konnten (Baske 1998, S. 203). Doch ging es der Besatzungsmacht von Anbeginn an ebenso sehr darum, die Wiederbelebung des akademischen Betriebes unter ihre ideologischen Vorgaben zu stellen. Die Universitäten, an denen Wirtschaftswissenschaften gelehrt wurden, waren damals Berlin, Halle, Jena und Rostock, wo man allerdings feststellen musste, dass es ein „Nebeneinander von marxistischen und bürgerlichen Lehrmeinungen“ gab (Falk 1987, S. 9). Dem wurde schon 1946 durch die Eröffnung der Parteischule „Karl Marx“ und der zentralen Bundesschule des FDGB begegnet, an denen „marxistisch-leninistische Wirtschaftswissenschaften“ gelehrt wurden – genau diese sollten auch das Fundament der entsprechenden Hochschulausbildung konstituieren (ebd.).

Aus westlicher Perspektive wurde später häufig betont, die Autonomie der Hochschulen sei bereits mit den ersten Maßnahmen der neuen DDR-Regierung gänzlich aufgegeben worden, insbesondere durch das 1951 eingerichtete Staatssekretariat für das Hochschulwesen, das detaillierte Vorgaben zu den Unterrichtsmethoden machte, sowie durch die Staatliche Plankommission, die bei der Einstellung und Ernennung von Professoren und Dozenten mitwirkte und sich an der Aufstellung von Prüfungsordnungen beteiligte. Dennoch greift es zu kurz, die Hochschulen von da an generell als Teilbereich im „System der zentral gelenkten Planwirtschaft“ zu sehen (Baske 1998, S. 208), denn die Spielräume, die insbesondere den Professoren für die Formulierung und Durchsetzung eigener Ansprüche blieben, fielen je nach wissenschaftlicher Disziplin recht unterschiedlich aus. Auch die Lenkung der Studierenden in plankompatible Bereiche funktionierte nicht immer wie erhofft.

Das Fach, dem der neue „Arbeiter- und Bauernstaat“ angesichts der anstehenden Aufgaben das größte Gewicht beimaß, war die Technikwissenschaft. Ihre

Leistungen galten als Schlüssel für die Bewältigung materieller Mängel, für wachsenden Wohlstand und den angestrebten Vorsprung in der System-Konkurrenz des Kalten Krieges, so dass die absoluten Studierendenzahlen hier lange Zeit sogar über denen der Bundesrepublik angesetzt wurden und innerhalb des gesamten Spektrums der akademischen Disziplinen bis 1989 stets die Spitzenposition einnahmen (Franzmann 2006, C. 04). Gleichzeitig unternahm das Regime seit den 1950er Jahren immer wieder Versuche, die technischen Hochschulen nach dem sowjetischen Modell, das als fraglos überlegen galt, umzuformen und insbesondere eine weitgehende Spezialisierung auf eng begrenzte berufliche Einsatzfelder durchzusetzen. Doch zumindest bis Mitte der 1960er Jahre gelang es den Ingenieuren, ihr traditionelles berufliches Selbstverständnis in weiten Teilen nach wie vor zu behaupten (Zachmann 2004, S. 183, 231, 241). Sie führten Diskussionen über anstehende Änderungen und manch einer nahm dabei kein Blatt vor den Mund, wie der Emeritus Bauer, der an einen Kollegen schrieb:

„So wird meines Erachtens die nächste Generation weder einen großen Bedarf an Ingenieuren für Kernreaktoren noch für Raketenantriebe benötigen, wohl aber ein ungeheures Arbeitsfeld in der Beseitigung der Schäden finden, die die Technik unserer Generation verursacht hat (Anlagen zur Reinhaltung der Gewässer und der Luft, die heute noch weitgehend vernachlässigt wird).“ (Zit. nach Zachmann 2004, S. 218)

Die technische Intelligenz befand sich nicht nur in einer starken Position, sondern vertrat auch ein Fach, in das Parteibürokraten nur begrenzt Einblick hatten. Zwar waren Schulungen in Marxismus-Leninismus oder Dialektischem Materialismus für die Studierenden, wie bei den übrigen Fächern, unentbehrlicher Bestandteil ihrer Ausbildung, berührten aber nicht die Essenz des Faches.

Das war bei den Wirtschaftswissenschaftlern anders – insofern entsprach ihre Situation sehr viel mehr den Vorstellungen eines „totalitären“ Zugriffs seitens des Regimes. Hier befand sich die SED nach ihrem Selbstverständnis auf ihrem ureigensten Gebiet und sah es als ihre zentrale Aufgabe an, die „reine Lehre“ ohne Verfälschungen und Abirrungen in die Realität der geplanten Wirtschaft zu überführen. Der ideologische Bannstrahl traf als erstes die Betriebswirtschaftslehre. 1950 stellten parteitreue Ökonomen Überlegungen dazu an, in welcher Weise die „bürgerliche Betriebswirtschaftslehre“ für die Zwecke der neuen Wirtschaftsordnung als Ausgangspunkt dienen und, entsprechend umgestaltet, im neuen System Verwendung finden könnte. Sie kamen zu dem Schluss, „Wirtschaftlichkeit“ sei als systemübergreifender Begriff abzulehnen und stellten fest, es gebe keinen „Betrieb an sich“. Insofern galt die Betriebswirtschaftslehre als „Profitlehre im Dienst des Kapitals“ oder als „letzte Rückzugsfestung der bürgerlichen Ökonomie“, auf die man in keiner Weise aufbauen konnte. Im

Jahr 1950 verkündete Walter Ulbricht, sie habe aufgehört, eine eigenständige Disziplin zu sein, worauf die bisherigen betriebswirtschaftlichen Lehrstühle aufgelöst wurden. Fragen der Betriebswirtschaft galten nunmehr als solche, die innerhalb der Wirtschaftsplanung technisch zu lösen waren (Hummel/Walew 1989, S. 35ff.; Zachmann 2004, S. 347).

In diesem Sinn gründete das Ministerium für Planung im Oktober 1950 in Berlin-Karlshorst die Hochschule für Planökonomie. Eva Altmann war ein halbes Jahr davor zum „Staatssekretär“ in diesem Ministerium ernannt worden und wurde dort nun „Rektor“ (in der SBZ und in der DDR war die sprachlich weibliche Form bei Berufen, selbst wenn sie von Frauen ausgeübt wurden, ungebrauchlich) (Lämmerhirt 1989, S. 24). Diese Art der Delegation war symptomatisch für den Versuch der unmittelbaren Einbindung der Hochschulen in den Entscheidungsbereich von Ministerien, wie sie hier und bei anderen wirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen vorherrschte. An einer traditionsreichen Universität wie in Berlin gab es zu dieser Zeit an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät immerhin noch eine Diskussion über die dekretierte Zusammenführung von Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre innerhalb eines einzigen Studiums und die dortigen Professoren Mellerowicz, Rogowsky und Schneider sprachen sich nicht nur gegen die politische Indoktrination aus, sondern verfassten auch eine Petition an das Volksbildungsministerium (die allerdings unbeantwortet blieb) (Zschaler 1997, S. 69).

Innerhalb der Neugründungen wurde dagegen von Anfang an jeder Gedanke an frühere Vorstellungen der Autonomie von Hochschulen radikal aufgegeben. So verkündete der Nachfolger von Frau Altmann, der folgende Rektor der Karlshorster Hochschule für Ökonomie (dies war seit 1956 der Name der vorherigen Hochschule für Planökonomie) im Rahmen des Programms der „weiteren sozialistischen Umgestaltung der Hochschule für Ökonomie“ im Jahr 1958:

„Die Parteiorganisation trägt die Verantwortung für den politisch-ideologischen Inhalt der gesamten wissenschaftlichen und erzieherischen Arbeit an der Hochschule. Der Hauptstoß der ideologischen Offensive an der Hochschule richtet sich gegen den Revisionismus und gegen das Eindringen bürgerlicher Auffassungen. Dazu sind prinzipielle Auseinandersetzungen mit revisionistischen Auffassungen, aber auch mit Erscheinungen des Dogmatismus und des Opportunismus und anderen grundsätzlichen Mängeln in Lehre, Forschung und Erziehung zu führen.“ (Programm ... 1958, S. 273)

Aus diesem Ziel ergab sich für alle Angehörigen der Hochschule der unbedingte Anspruch, dass sie sich „konsequent und unerschütterlich auf den Boden der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stellen, gegen Revisionismus und Dogmatismus kämpfen und den Marxismus schöpferisch anwenden“ sollten (ebd. S. 274f.).

In dieser ersten Phase der sozialistischen Hochschulpolitik war die Orientierung am „großen Bruder“ Sowjetunion auch auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften besonders ausgeprägt. Dies lag im Interesse der Sowjetunion, die ihre dominante Stellung in den von ihr kontrollierten Ländern festigen wollte, es entsprach aber auch den Notwendigkeiten der politischen Klasse in den Satellitenstaaten, denen eigene Erfahrungen mit der Gestaltung einer Planwirtschaft fehlten und die das stark zentralistische sowjetische Modell als einzig denkbare Form des Sozialismus ansahen und möglichst detailgetreu kopierten – mit ihrer Dominanz der Schwerindustrie, ihrer „Tonnenideologie“ und ihrer Politik der Appelle an Höchstleistungen der Arbeiterschaft im Stil von Stachanow. Entsprechend avancierte auch das 1954 in der Sowjetunion erschienene *Lehrbuch der Politischen Ökonomie* zum Standardwerk (Falk 1987, S. 15, Autorenkollektiv 1955). Gleichzeitig wurden alle

„Versuche und Tendenzen, die zentrale staatliche Leitung und Planung der Wirtschaft und die wirtschaftlich-organisatorischen Aufgaben des Staates abzubauen, den Aufbau des Sozialismus gewissermaßen dem Selbstlauf und die Betriebe einer angeblichen ‚Selbstverwaltung‘ zu überlassen, zurückgewiesen“,

wie es in einem Rückblick der Ökonomin Waltraud Falk von der Humboldt-Universität aus dem Jahr 1987 heißt (Falk 1987, S. 16).

Die 1950er Jahre waren die Periode, in der das Hochschulsystem besonders stark ausgebaut wurde, insbesondere in den Bereichen Technik, Pädagogik und Wirtschaftswissenschaften. Die Berliner Hochschule für Ökonomie übernahm im Lauf des Jahrzehnts zwei weitere Spezialhochschulen (ab 1972 führte sie den Namen „Bruno Leuschner“) und entwickelte sich zur größten wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungsstätte, in der sämtliche volkswirtschaftlichen Fachrichtungen vertreten waren. Außerdem wurden zwei weitere Hochschulen gegründet, so dass in den folgenden Jahrzehnten 21 Universitäten und Hochschulen eine wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung anboten (Hummel/Walew 1989, S. 37ff.; Baske 1989, S. 210).

In den 1960er Jahren galt als Ziel der Planung, die Volkswirtschaft anstelle der bisherigen Orientierung auf extensives Wachstum nunmehr auf eine intensive Entwicklung umzustellen. Das von der Partei beschlossene „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ und die „komplexe sozialistische Rationalisierung“ sollten vor allem durch den verstärkten Einsatz von Kybernetik, linearer Programmierung, elektronischer Datenverarbeitung und soziologischer Forschung verwirklicht werden:

„Viele neue Fragen der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft standen vor den Wirtschaftswissenschaftlern. Sie waren nur zu lösen, indem von den Schlüssen der SED ausgegangen, die Werke von Marx, Engels, Lenin noch gründlicher

studiert und die eigenen Erfahrungen der anderen sozialistischen Länder ausgewertet wurden.“ (Falk 1987, S. 21)

An der ideologischen Umklammerung der Wirtschaftswissenschaften durch Partei und politische Klasse hatte sich demnach nichts geändert. Sie beförderte bei den Ökonomen im Großen und Ganzen dogmatische Erstarrungen und die stete Wiederholung formelhafter Bekenntnisse, die „konsequente und vollständige Beachtung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus“ zu garantieren und die „bestmöglichen Bedingungen für die Entfaltung der Schöpferkraft der Arbeiterklasse und aller Werktätigen“ zu schaffen (Falk 1987, S. 21). Bis 1989 behielt die Wirtschaftslehre den Charakter einer „Offizialwissenschaft“ unter Berufung auf die „ökonomischen Ahnherren Marx, Engels, Lenin und zeitweilig Stalin“, wodurch das „genuine Kritikpotential wissenschaftlicher Theorie entwertet und ihr Innovationspotential als Quelle politischer Erneuerung blockiert“ wurde (Krause 1998, S. 15-16). Diese Blockade betraf sämtliche Dimensionen von Wissenschaft in der DDR: die Erklärung, die Vorhersage und die Theorieinnovation. Die Sterilität der meisten Veröffentlichungen blieb weit hinter den in Ungarn, Polen, Jugoslawien und selbst in der UdSSR mit größerer Lebendigkeit geführten Debatten zurück (Krause 1998, S. 19).

Insgesamt resümiert Günter Krause zu Stand und Entwicklung der Wirtschaftstheorie in der DDR, es habe seit den 1960er Jahren durchaus neue und kritische Einsichten gegeben: so zu divergierenden Interessenlagen auf der Ebene von Betrieben und Kombinat und auf der Ebene der Gesamtwirtschaft, zu Disproportionen zwischen den Geldeinkommen der Erwerbstätigen und dem verfügbaren Warenangebot oder zu Diskrepanzen zwischen Wachstumszielen und ökologischen Erfordernissen. Insofern schließt er sich dem Diktum Helmut Koziols (früherer Direktor des SED-Zentralinstituts für sozialistische Wirtschaftsführung und ZK-Mitglied) an, der nach der Wende äußerte: „Keiner kann doch sagen, weil die DDR-Ökonomen Kommunisten waren, waren sie keine Ökonomen.“ (Zit. nach Krause 1998, S. 18)

Auch andere westliche Beobachter kommen zu ähnlichen Schlüssen. Der Bereich der Organisation für die Betriebsführung etwa hatte im Sozialismus zentrale Bedeutung, befand sich allerdings in einem andauernden Spannungsfeld von staatlicher Kontrolle und dem Anspruch an wirtschaftliche Erfolge. Die Planungsinstanzen fassten die formale Organisation als Instrument der Machtsicherung auf und schrieben (wechselnde) Modelle sowie die Verwirklichung der „Marxistisch-Leninistischen Organisationswissenschaft“ vor, außerdem griffen sie über territoriale Arbeitskreise konkret ein, um sicherzustellen, dass die „sozialistischen Leitungs- und Organisationsgrundsätze“ eingehalten wurden. Gleichzeitig sollten die Betriebe jedoch Produktionsvorgaben erfüllen und such-

ten daher mögliche Spielräume zu nutzen, um eigenständige Lösungen zu entwickeln, von denen einige aus späterer Sicht durchaus tragfähig waren:

„So belegt die Literatur zur Projektorganisation, dass für diesen Bereich Gestaltungsmodelle existierten, die den Vergleich mit ‚westlichen‘ Konzepten nicht scheuen müssen.“ (Frese 2002, S. 239)

Die „bürgerliche Betriebswirtschaftslehre“ erlebte ab 1973 eine Wiederauferstehung in Form der „sozialistischen Betriebswirtschaftslehre“, indem entsprechende Lehrstühle eingerichtet wurden. In manchen Bereichen brachten sie respektable und praxisnahe Ergebnisse hervor, die selbst von bundesdeutschen Ökonomen anerkannt wurden. Aber trotz aller Parteiverlautbarungen zur engen Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Praktikern in den Betrieben erfolgte deren Austausch immer unter dem wachsamem Auge der Parteioberen – oder unterblieb, wenn diese hierin unzulässig kritische Haltungen oder die Bedrohung ihres Machtmonopols erblickten (Hundt 1977, S. 134; Krause 1998, S. 18f.).

Auch die übrige wirtschaftswissenschaftliche Forschung blieb spezifischen Begrenzungen verhaftet. Entsprechend der Vorstellung, Wachstum und Wohlstand hingen in erster Linie von der Entwicklung der industriellen Produktion ab (hier nahm man die Klassiker des 19. Jahrhunderts einfach zu wörtlich), stand diese unverrückbar im Zentrum der Betrachtung, während Fragen der Distribution und des Angebots von Dienstleistungen vernachlässigt wurden. Überdies führte die starke Betonung von rechentechnischen und mathematischen Instrumenten zu einem „naturwissenschaftlichen Ansatz“, der sich auf Methoden wie Kybernetik und Operations Research stützte, verhaltenswissenschaftliche Faktoren dagegen eher gering schätzte. Des weiteren wurden die strukturellen Defizite der DDR-Ökonomie nicht thematisiert und Veränderungen immer nur innerhalb der existierenden Ordnung betrachtet, deren wesentliche Institutionen (wie Planung, gesellschaftliches Eigentum, führende Rolle der Partei) nicht einmal ansatzweise in Frage gestellt werden durften. Somit hatte man stets von den gegebenen Steuerungsvariablen und Anreizstrukturen auszugehen und nicht-marxistische Ansätze, die Erkenntnispotentiale auch für Planwirtschaften gehabt hätten (wie die Neue Institutionenökonomik), wurden nicht zur Kenntnis genommen (Krause 1989, S. 270f.). Im Übrigen muss bei allem Eindruck einer besonderen Geschlossenheit des theoretischen Apparats (bedingt durch den häufigen Rekurs auf eine bestimmte Begrifflichkeit, stereotype Begründungen und Klassikerzitate) auch beachtet werden, dass es dennoch Binnendifferenzierungen gab – das Milieu der Wirtschaftswissenschaftler rekrutierte sich bis zu einem gewissen Grad auch aus „*individuell* agierenden Ökonomen mit jeweils *eigenen* Forschungsleistungen, Diskursbeiträgen und Denkstilen.“ (Krause 1989, S. 271, Hervorhebungen im Original.)

Die wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung wurde seit 1972 für die gesamte DDR einheitlich geregelt. Insgesamt existierten damals acht volkswirtschaftliche und zwölf betriebswirtschaftliche Studiengänge, die sich bis 1988 in elf volkswirtschaftliche und 20 betriebswirtschaftliche Studiengänge auffächerten. Zu den volkswirtschaftlichen Studiengängen gehörten: Politische Ökonomie, Wirtschaftsgeschichte, Außenwirtschaft, Wirtschaftsinformatik, Arbeitsökonomie, Wissenschaftsorganisation, Ökonomie sozial-kultureller Bereiche und Militärökonomie; zu den betriebswirtschaftlichen Studiengängen: Betriebswirtschaft der Landwirtschaft, des Transports, des Handels, des Nachrichtensens sowie Ökonomie des Tourismus, Ökonomie des Gaststätten- und Hotelwesens, Finanzwirtschaft der Kombinate und Betriebe, Umweltschutz und Wasserwirtschaft (Hummel/Walew 1989, S. 46ff.). Einige dieser Studiengänge zielten auf Querschnittsaufgaben beim späteren Einsatz in Planungsbehörden oder Industriebetrieben (wie die Arbeitsökonomie oder die Finanzwirtschaft der Kombinate und Betriebe), andere waren auf ganz bestimmte Sektoren orientiert (wie Transport, Handel, Tourismus, Gaststätten- oder Hotelwesen). Im Vergleich zu den wirtschaftswissenschaftlichen Studien in der Bundesrepublik waren vor allem die betriebswirtschaftlichen Studiengänge von vornherein sehr viel enger auf mögliche berufliche Einsatzfelder angelegt (und knüpften somit an die Tradition der alten Wirtschaftszweiglehren an).

Insgesamt handelte es sich um ein stark verschultes System mit verbindlichen Stundenplänen. Nach mehreren Änderungen und Überarbeitungen im Lauf der vorangegangenen Jahrzehnte waren 1988 die wichtigsten Fächer für die Grundausbildung Wirtschaftswissenschaft: Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Politische Ökonomie des Kapitalismus, Politische Ökonomie des Sozialismus, Geschichte der Politischen Ökonomie, Wirtschaftsgeschichte, Mathematik, Informatik, Rechnungsführung und Statistik, Sozialistisches Recht, Technisch-technologische Grundlagen, Sozialistische Volkswirtschaft, Sozialistische Betriebswirtschaft, Sozialistische Arbeitswissenschaften, Leitung in der sozialistischen Wirtschaft, Geheimnisschutz, Fremdsprachen und Sport (ebd., S. 64f.).

Im Vergleich zu wirtschaftswissenschaftlichen Studien in der Bundesrepublik hatten nicht nur die ideologischen Grundlagenfächer der Politischen Ökonomie stärkeres (wenn auch seit den 1970er Jahren leicht abnehmendes) Gewicht, sondern auch Mathematik, Elektronische Datenverarbeitung und Sprachen. Demgegenüber blieb die Bedeutung von Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Recht leicht zurück. Das Fach Statistik nahm hier wie dort den gleichen Rang ein (ebd., S. 68).

7.2 Studierende, AbsolventInnen und Geschlechterverhältnisse

Die DDR hatte von Anfang an ehrgeizige Ziele in Bezug auf die Zahl der Studierenden. Diese nahm vor allem in den 1950er und 1960er Jahren stark zu. Im Jahr 1971 stellte das Zentralkomitee der SED allerdings fest, eine weitere Erhöhung würde die „Möglichkeiten und auch die gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedürfnisse übersteigen“ (zit. nach Baske 1998, S. 216). Tatsächlich wurden die Planzahlen seither niedriger angesetzt, so dass die Zahl der Studierenden Mitte der 1970er Jahre ihr Maximum erreichte und danach leicht zurückging. Der Anteil der weiblichen Studierenden lag bereits in den 1960er relativ hoch und hielt sich stets über den entsprechenden Werten in der Bundesrepublik.

Tab. 21: *Studierende an Hochschulen in der DDR 1962-1982*

Jahr	Studierende insgesamt	Frauenanteil in %
1962	113.166	26
1972	160.967	41
1982	130.442	49

Quelle: Franzmann 2006, C. 03

Stand bis Anfang der 1960er Jahre der Ausbau der Pädagogik im Vordergrund, so wurden deren Studierendenzahlen seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahren durch die Expansion der Technikwissenschaften in den Schatten gestellt. Die Wirtschaftswissenschaften nahmen in sämtlichen Jahrzehnten den dritten Platz bei der Zahl der Studierenden ein, allerdings lag ihr Anteil in den Jahren 1962 und 1972 bei 16%, 1982 dagegen nur noch bei 13% der Studierenden (Franzmann 2006, C. 03).

Tab. 22: *Verteilung der Studierenden auf einzelne Fächer 1962-1982*

Jahr	Technische Wissenschaften	Pädagogische Fachrichtung	Wirtschaftswissenschaften
1962	25.899	30.121	18.061
1972	53.931	33.374	25.456
1982	39.513	26.652	17.305

Quelle: Franzmann 2006, C. 03

Parallel zu diesen Entwicklungen veränderten sich die Frauenanteile bei den Studierenden. Bereits Anfang der 1970er Jahre waren 38% der Hochschulstudierenden in den Wirtschaftswissenschaften weiblich und bis 1988 stieg ihr Anteil auf 67%, lag also wesentlich höher als ein Jahrzehnt später im vereinigten Deutschland. Diese Frauenquote war die höchste von allen Disziplinen. Zum

Vergleich: Bei den Sprach- und Kulturwissenschaften belief sich der Anteil der Studentinnen 1988 auf 61%, in der Medizin auf 56%, in den Naturwissenschaften/Mathematik auf 50%, bei den Staats-, Rechts- und Politikwissenschaften auf 35% und bei den Ingenieurwissenschaften auf 27% (Winkler 1990, S. 47; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005 (b), S. 20). Ein Blick auf die Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ zeigt, dass sich der allgemeine Trend auch dort bestätigte.

Tab. 23: Studierende an der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ 1977-1987

Jahr	Studentinnen	Studenten	Alle Studierenden	Frauenanteil in %
1977	1.454	1.479	2.933	50
1982	1.696	1.258	2.954	57
1987	2.147	1.244	3.391	63

Quelle: FHTW: Archiv/Schriftgutverwaltung, Sign. 14866, 17870/3, 19719

Die ausgeprägte Feminisierung des Studiums der Wirtschaftswissenschaften wirft die Frage auf, ob dies eine von den Bildungsplanern intendierte Entwicklung war oder ob das tendenzielle Wegbleiben der männlichen Studierenden eher ein ungewolltes Ergebnis darstellte.

Allgemein hatte sich das sozialistische Regime die Gleichberechtigung von Mann und Frau von Anfang an auf die Fahnen geschrieben, doch zeigte sich in den folgenden Jahren, dass damit in erster Linie gemeint war, die Erwerbsquote der Frauen zu erhöhen. Die in früheren Jahrzehnten als selbstverständlich angesehene Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, bei der Frauen die Aufgabe der Haus- und Familienarbeit zugewiesen bekamen, wurde auch in der DDR kaum in Frage gestellt. Vielmehr wurde nach Möglichkeiten gesucht, den Frauen die mit zunehmender Erwerbstätigkeit einhergehende Doppelbelastung zu erleichtern: vor allem durch die Einrichtung von Kinderhorten und Kindergärten sowie durch die Einführung des „Hausarbeitstages“ (Ostow 1993).

Ende der 1950er Jahre verstärkten sich die Bemühungen, Frauen den Zugang zu den Wissenschaften zu erleichtern, wobei die politische Klasse vor allem die Technikwissenschaften im Visier hatte. Man ging davon aus, das Ziel einer hohen Zahl von technischen Experten ließe sich angesichts der anhaltend hohen Abwanderung von Ingenieuren unter anderem mit einer Mobilisierung der Frauen realisieren. Im Jahr 1962 wurde ein umfangreicher Maßnahmenplan zur Frauenförderung verabschiedet, der Argumentationslinien zum Thema „Frau und Technik“ ebenso enthielt wie Maßnahmen zur Studienlenkung in planmäßig bevorzugte Disziplinen. Konkret umgesetzt wurden neben der Studienlenkung besonders häufig infrastrukturelle Neuerungen wie die Einrichtung von Kinderkrippen oder von Wäschebringdiensten an Hochschulen:

„Das Frauenproblem, so signalisierten die Pläne deutlich, war lediglich eine Frage der Kinderbetreuung und der Hausarbeit. Damit perpetuierten die Frauenförderpläne das Problem, dessen Lösung sie vorgaben zu sein.“ (Maul 2002, S. 62)

Wenn die Zahl der Studentinnen in den Wirtschaftswissenschaften zunahm, so war das vermutlich nicht unmittelbares Ergebnis der Frauenfördermaßnahmen, die neben der allgemeinen Erhöhung des Frauenanteils an den Studierenden vor allem auf die technischen Fächer abzielten, nicht aber explizit auf die ökonomischen Studiengänge. Vielmehr wurde die Zunahme der Zahl der Studentinnen hier von einer Abnahme der Zahl ihrer männlichen Kommilitonen begleitet, die an der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ seit Mitte der 1970er Jahre von 1.582 (1976) auf 1.175 (1985) zurückging (danach stieg sie wieder leicht an) (FHTW: Archiv/Schriftgutverwaltung, Sign. 14866, 17870/3, 19719). Zwar sank die Zahl der Studierenden insgesamt seit Anfang der 1970er Jahre, doch – anders als bei den Wirtschaftswissenschaften – nahm die Zahl der Studierenden in der Folgezeit in einigen technischen Studiengängen zu: so etwa beim Bergbau, bei der Elektrotechnik/Elektronik oder im Bau-, Maschinen und Verkehrswesen (Zachmann 2004, S. 378ff.).

Eine mögliche Erklärung für das abnehmende Interesse der männlichen Studierenden an den Wirtschaftswissenschaften könnte darin liegen, dass die technischen Studien etwas größere Freiräume boten als die Wirtschaftswissenschaften, bei denen – wie bereits ausgeführt wurde – die Inhalte in besonderem Maß ideologisch überfrachtet waren. Zudem wurden gerade hier sehr hohe Ansprüche an Lehrende und Studierende formuliert. So heißt es im *Programm der weiteren sozialistischen Umgestaltung der Hochschule für Ökonomie* aus dem Jahr 1958:

„Student unserer Hochschule zu sein heißt, sich nicht nur ein großes politisches und fachliches Wissen anzueignen, sondern bereits während des Studiums dieses Wissen in den Dienst des sozialistischen Aufbaus unserer Republik zu stellen. Student unserer Hochschule zu sein heißt Kämpfer zu sein mit einer hohen sozialistischen Moral (...) . Der Student unserer Hochschule muß, erfüllt von der Liebe zu unserer Republik, bereit sein, die Errungenschaften unseres sozialistischen Aufbaus zu verteidigen. Nur dann wird er, unter Einsatz seiner ganzen Person, für unseren Arbeiter- und Bauernstaat eintreten können.“ (Programm ... 1958, S. 282)

Die Studierenden sollten nicht nur regelmäßig Vorlesungen besuchen und von sich selbst höchste Leistungen verlangen, sondern auch alle Möglichkeiten außerhalb des Studiums nutzen, um ihr Allgemeinwissen zu vergrößern, insbesondere durch das Lesen von Tageszeitungen und wissenschaftlichen Zeitschriften. Die Erreichung der hohen Ziele blieb, wie ein früherer wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hochschule später berichtete, nicht allein der Selbstdisziplin der Studierenden überlassen:

„An der Hochschule in Karlshorst wurde die Unterbringung der Studenten – mit Wohnsitz außerhalb Berlins – im Internat nach einer Anlaufzeit sofort obligatorisch, Privatunterkunft wurde nicht vermittelt. Studium und Internatsleben wurden nun auch so organisiert, daß Gebräuche eines bürgerlich gearteten Studentenlebens, womöglich mit elitären Herausstreichungen des Studenten, gar nicht erst aufkommen konnten.“

Dies brachte der Hochschule für Ökonomie die „ehrenvolle Bezeichnung ‚rote Hochschule‘“ ein – manche sollen sie allerdings auch als „rotes Kloster“ erlebt haben (Kubatzki 1989, S. 10).¹

Viele männliche Studierende hielten sich von diesem extrem regulierten Studentenleben offenbar lieber fern und überließen diese Studiengänge den Frauen. Die damit einhergehende „Feminisierung“ wurde insgesamt eher kritisch beurteilt. So schrieb Wulfram Speigner 1979 zu den hohen Frauenanteilen in einigen Fächern:

„Den größten Anteil haben sie (die Studentinnen) an den Fachrichtungen Medizin/Gesundheitswesen (...), der Pädagogik (...) und der Wirtschaftswissenschaften (...). Es gibt außer dem Wirken von Traditionen keinen Grund, daß die Frauen z.B. pädagogische Fachrichtungen und die der Medizin bzw. des Gesundheitswesens so sehr bevorzugen. Im Interesse einer ausgeglichenen Förderung der Begabungen in beiden Geschlechtern ist es auch nicht wünschenswert, wenn z.B. die Lehrer fast ausschließlich Frauen sind. Es gibt keinen Grund, ganze Berufsgruppen zu feminisieren. (...). Die Tendenz des Feminisierens von Berufsgruppen sollte abgeschwächt werden; das ist jedoch ein Prozeß, der noch relativ lange Zeit erfordert.“ (Speigner 1979, S. 205)

Interessanterweise führt Speigner nur für die Pädagogik und die Medizin geschlechtsspezifische Traditionen als Gründe an. Für die hohen Frauenanteile in den Wirtschaftswissenschaften sind solche Erklärungen auch nicht wirklich stichhaltig.

1 Diese Massierung von Anforderungen erinnert an einen Witz, der in Kuba kursierte und den Che Guevara gerne erzählt haben soll: „Ein Mann will in die Kommunistische Partei eintreten. Die Mitglieder der Sektion klären ihn über seine Pflichten auf. Sie sagen, ein Kommunist muß überall mit gutem Beispiel vorangehen. Er muß als erster aus den Federn und als letzter ins Bett. Er muß jede freie Minute seiner Weiterbildung widmen, ohne Unterlaß schuften, unbezahlte Überstunden machen, sonntags freiwillig auf Ernteeinsatz fahren, in allen Massenorganisationen mitarbeiten, bescheiden sein, enthaltsam und immer gut gelaunt. Und außerdem, sagen sie, mußt du als Mitglied der Partei bereit sein, jeden Moment dein Leben für die Revolution zu opfern. Bist du damit einverstanden? Der Mann antwortet: Nun gut, wenn das mein Leben sein wird, weshalb sollte ich daran hängen? So ein Leben opfere ich gern!“ Che Guevara soll sich die Frage gestellt haben, ob es sich hier um einen revolutionären oder aber um einen konterrevolutionären Witz handelte (Hackl 2007, S. 179).

Aber selbst wenn die Studierenden der Wirtschaftswissenschaften nun überwiegend Frauen waren, hieß das nicht, dass sich ihre starke Repräsentanz gleichermaßen auf den höheren Etagen des akademischen Lebens niedergeschlagen hätte. In der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ waren die Frauenanteile bei einzelnen wissenschaftlichen Positionen im Jahr 1977: sieben Prozent bei den ProfessorInnen, 16% bei den HochschuldozentInnen und 37% bei den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen (FHTW: Archiv/Schriftgutverwaltung, Sign. 14541). Vergleiche mit früheren Jahren sind schwierig, weil die Angaben der Hochschulverwaltung dazu spärlich oder summarisch sind (im Gegensatz zu solchen, die sich auf die Anteile von Arbeiter- und Bauerkindern bezogen, die immer wieder detailliert aufgelistet wurden). So wird für das Jahr 1964 ein Frauenanteil im „wissenschaftlichen Bereich“ von rund 16% angegeben, für 1966 von rund 25%, für 1967 von rund 24% (FHTW: Archiv/Schriftgutverwaltung, Sign. 0697, 02481/4, 05276). Für das Jahr 1989 werden für die gesamte DDR folgende Frauenanteile genannt: Von den ProfessorInnen und HochschuldozentInnen waren 11%, von den Wissenschaftlichen MitarbeiterInnen 49% Frauen (Stein 1995, S. 157).

Wie zwiespältig Maßnahmen der Frauenförderung im Einzelnen waren, wird in den Berichten des Frauenausschusses der Hochschule oder auch des Rektors deutlich, die seit Anfang der 1960er Jahre regelmäßig erstellt werden mussten. Dabei wurde immer wieder angemahnt, die Frauenquoten bei sämtlichen wissenschaftlichen Positionen seien zu erhöhen, auch gab es konkrete Festlegungen auf bestimmte Zahlen von Promotionen oder Habilitationen. Für die betreffenden Frauen stellte sich eine entsprechende Förderung als Mischung von Chance und erheblichem Druck dar. Der Frauenausschuss der Hochschule, der sich für solche Förderung einsetzte, war ihnen dabei vermutlich nur eingeschränkt hilfreich. Denn wenn dieser auch eine gute Betreuung bei der Themenstellung einforderte, so sprach er sich gleichzeitig für „die straffe Kontrolle der erreichten Teilergebnisse, die systematische Führung der Studentinnen zu Höchstleistungen und zur Entwicklung junger Persönlichkeiten“ aus. Nur gelegentlich stellte er sich ausdrücklich auf deren Seite, wenn etwa moniert wurde, hierbei auch die „besondere Situation der Forschungsstudentinnen“ stärker zu berücksichtigen (FHTW: Archiv/Schriftgutverwaltung, Sign. 12733/2).

Häufig waren es darüber hinaus die Forschungskollektive selbst, die sich gegenüber den Promovendinnen oder Habilitandinnen aus ihrem Kreis besonders rigide verhielten, wenn etwa aus der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ von Fällen berichtet wird,

„wo die Gruppe den Frauen das Leistungsstipendium entziehen wollte, weil sie durch Schwangerschaft oder Kleinkinder nicht mehr so eine hohe gesellschaftliche Aktivität aufzuweisen hatten.“ (FHTW: Archiv/Schriftgutverwaltung, Sign. 12733/2)

Im Vergleich zur permanenten Kontrolle der fachlichen und außerfachlichen Leistungen hielten sich die Vergünstigungen in Grenzen:

„Das Institut wird Kollegin N.N. durch rationelle Organisation der Arbeit in der Arbeitsgruppe Sozialismus und einen Monat Arbeitsurlaub zur Anfertigung der Dissertationsschrift im Jahre 1963 unterstützen.“ (FHTW: Archiv/Schriftgutverwaltung, Sign. 0698)

Ähnlich wie im akademischen Bereich erwies sich auch im Berufsleben außerhalb der Hochschulen die herkömmliche vertikale geschlechtsspezifische Segregierung als relativ zählebig. Die schrittweise Ausschaltung privaten Eigentums und privater Initiative führte nach dem Modell der sowjetrussischen Planungs-wirtschaft zur Entstehung neuer und relativ deutlich abgegrenzter Berufsfelder von Ökonomen. Diese waren als Diplom-Wirtschaftler, Diplom-Ökonomen oder FachschulökonomInnen tätig und zwar entweder innerhalb des Ministeriums für Planung (später: Staatliche Plankommission) bei der Erstellung und Koordinierung der Pläne, bei der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, bei der Berichterstattung und Kontrolle über die Planerfüllung oder aber in den Betrieben und KombinatInnen als Direktoren, Buchhalter oder sonstiges „kaufmännisches Personal“ (Stein 1995). Viel früher als im Westen war der „Ökonom“ in der DDR ein „gemischter“ Beruf bzw. in einigen Fachgebieten wie der Arbeitsökonomie sogar ein Frauenberuf. Inwieweit sich dabei im Erwerbsleben die zuvor im Geschäftsleben und in den Verwaltungen üblichen hierarchischen Gliederungen zwischen den Geschlechtern trotz aller propagierten Gleichstellung fortgesetzt haben, bleibt im Einzelnen noch zu untersuchen. Die Erfahrungen in anderen Berufsfeldern lassen allerdings annehmen, dass das sozialistische Projekt einer radikalen Umwälzung der bisherigen Ordnung der Geschlechter auch hier auf halber Strecke stehen blieb. Bei IngenieurInnen etwa waren fast alle höheren Leitungsfunktionen weiterhin den Männern vorbehalten, außerdem zeigte sich, dass mit dem Eintritt der Frauen in die technischen Berufe innerhalb dieser neue Wertigkeiten von einzelnen Spezialisierungen geschaffen wurden und Männer und Frauen sich auf diese höchst ungleichmäßig verteilten (vgl. Zachmann 2000, S. 249ff.). Bei ÖkonomInnen zeigt sich im Großen und Ganzen die gleiche Tendenz:

„(...) die Diplomökonominnen (waren) zwar auf der ganzen Breite möglicher Berufsfelder tätig, zu etwa 30% auch in Leitungspositionen, (...) (erreichten) hier aber höchstens die mittlere Leitungsebene (...). Unter den Direktoren der etwa 150 zentral geleiteten Kombinate waren maximal 3 Frauen.“ (Stein 1995, S. 157)

Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung unterschieden sich die Beschäftigungsbereiche und -positionen der WirtschaftsakademikerInnen zwischen den beiden deutschen Staaten also erheblich und die Umgestaltung der DDR-Wirtschaft in eine moderne kapitalistische Wirtschaft ging nicht ohne dramatische Verände-

rungen vor sich. Die rasche Schließung ganzer Kombinate und Betriebe, die Reduzierung der Beschäftigtenzahlen in den noch weiter geführten Betrieben, die interne Umstrukturierungen analog zu westlichen Unternehmen blieb nicht ohne Folgen für die beschäftigten Männer und Frauen. Viele wurden entlassen, gingen in vorgezogene Altersrente oder wurden umgeschult – auch in den so genannten Frauenbranchen und -berufen (vgl. Nickel 1993). Beide Geschlechter waren von den Umbrüchen des Transformationsprozesses betroffen. Eindeutige Zuordnungen im Sinne der These von den ostdeutschen Frauen als den „Verliererinnen der deutschen Einheit“ treffen jedoch nicht zu, da viele Männer ebenfalls ihre Arbeitsplätze und damit nicht nur ihr Erwerbseinkommen, sondern darüber hinaus oft den beruflichen Anschluss verloren haben. Frauen sind zwar auch in Ostdeutschland stärker von den Risiken des Arbeitsmarktes betroffen. Dennoch haben sie sich im Transformationsprozess eine vergleichsweise starke Position erhalten können – selbst in Relation zu den in ihrer Erwerbs- und Einkommensposition „geschwächten“ Männern. Viele Frauen haben offenkundig ihren „Heimvorteil“ im privaten Dienstleistungssektor und im öffentlichen Dienst partiell nutzen können und dort qualifizierte Arbeitsplätze behalten (vgl. Klenner 2002). Inwieweit sich dies in der Beschäftigungssituation der Wirtschaftsakademikerinnen auch noch zehn Jahre nach der Wiedervereinigung widerspiegelt, wird in Kapitel 9 auf Basis von Mikrozensus-Daten detailliert dargestellt. Zunächst werden jedoch Ergebnisse von Studien präsentiert, die sich mit der beruflichen Einmündung der wirtschaftswissenschaftlichen Absolventinnen und Absolventen seit Mitte der 1980er Jahre beschäftigt haben.